

Parlamentarischer Vorstoss

2026/6367

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Geschwindigkeitskontrollen konsequent auf Unfallschwerpunkte ausrichten
Urheber/in:	Nicole Spiegel-Roth
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Wird durch LKA ergänzt
Eingereicht am:	27. August 2026
Dringlichkeit:	—

Die Verkehrsunfallstatistik 2025 zeigt trotz umfangreicher Geschwindigkeitskontrollen einen Anstieg der registrierten Verkehrsunfälle. Dies rechtfertigt die Frage, ob die vorhandenen Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie den grössten Beitrag zur Verhinderung von Unfällen leisten. Im Bericht ist zudem zu erkennen, dass ein grosser Teil der Übertretungen im Bereich von 1–5 km/h oder 6–10 km/h nach Toleranzabzug liegt. Gemäss Bericht ist die Hauptunfallursache auf Fehlverhalten des Fahrzeuglenkenden zurückzuführen, in lediglich 9% ist die Unfallursache auf die Geschwindigkeit zurückzuführen.

Die Polizei sollte ihre Ressourcen stärker gegen Raser, Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss und Ablenkungen wie Handy am Steuer einsetzen. Heisst konsequentes Vorgehen gegen wirklich gefährliche Verkehrsteilnehmer.

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, damit stationäre und mobile Geschwindigkeitskontrollen grundsätzlich an Standorten mit nachgewiesenem Unfall- oder Gefahrenpotenzial durchgeführt werden. Abweichungen sollen nur zulässig sein, wenn sie aus Gründen der Verkehrssicherheit sachlich begründet werden können.

Zudem ist der Justiz- und Sicherheitskommission periodisch Bericht zu erstatten über:

- die Kriterien für die Auswahl der Kontrollstandorte
- die Entwicklung des Unfallgeschehens an den überwachten Standorten
- die Wirksamkeit der Geschwindigkeitskontrollen hinsichtlich der Verkehrssicherheit

Mit einer konsequenten Ausrichtung der Geschwindigkeitskontrollen auf Unfallschwerpunkte kann die Präventionswirkung gestärkt, die Nachvollziehbarkeit verbessert und das Vertrauen der Bevölkerung in die Verkehrsüberwachung erhöht werden.
